

# Antrag Nr. 17-F-21-0096

## SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen

---

### Betreff:

Doppelhaushalt 2018/2019

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.11.2017

-

### Antragstext:

Der Doppelhaushalt für die Jahre 2018 und 2019 ist ein Drahtseilakt zwischen dem berechtigten Anliegen der Bürgerschaft, dringend notwendige Aufgaben anzugehen, die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu sichern und auf der anderen Seite die Ausgaben auf einem vertretbaren Niveau zu halten.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit dem vorliegenden Antrag einen Haushalt, der nicht nur die Zukunftsfähigkeit der Stadt sicherstellt, sondern auch verantwortlich mit den finanziellen Ressourcen umgeht.

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Es werden die in der Anlage 1 aufgeführten Beträge den entsprechenden Budgets der genannten Haushaltsbereiche in CO-, Instandhaltungs- und IM-Haushalt zugesetzt.
2. Dez VI/20 wird beauftragt die Haushaltssatzung unter Einbeziehung der Ertragsverbesserungen, die sich durch die aktualisierte Steuerschätzung und sonstigen Einnahme- und Ausgabeparametern ergeben, anzupassen und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Magistrat wird gebeten,

3. rechtzeitig vor den Beratungen des Doppelhaushaltes 2020/2021, gemeinsam mit der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept zu erarbeiten, das in Weiterentwicklung der umgesetzten „Dezentralen Ressourcenverantwortung“ die notwendigerweise zentralen Ressourcen und Aufgaben beschreibt und Vorschläge zur strukturellen Umsetzung beinhaltet.

Der Magistrat wird beauftragt,

4. die Arbeit an der seit den Beratungen zum letzten Doppelhaushalt bestehen AG- Struktur fortzusetzen und zu intensivieren und darüber hinaus,
5. detailliert darzulegen, in welchen Punkten das Land Hessen seinen finanziellen, aus dem Konnexitätsprinzip erwachsenden, Verpflichtungen nicht nachkommt und diese intensiv gegenüber dem Land einzufordern.
6. gemeinsam mit den Wiesbadener Unternehmen, den Trägern und den Eltern ein Konzept zur Beteiligung der Wirtschaft an den Kosten der Kinderbetreuung zu entwickeln und sich gegenüber dem Land dafür einzusetzen, dass ggf. notwendige Gesetzesänderungen in die Wege geleitet werden. Im Gegenzug soll die Gewerbesteuer adäquat abgesenkt werden.
7. unverzüglich eine Nachfolgeregelung für die „Lenkungsgruppe Budget-AG“ zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.
8. einen ersten Zwischenbericht zu den Punkten 4; 5 und 6 zur Sommerpause 2018 zu geben.

Antrag Nr. 17-F-21-0096  
SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen

---

Wiesbaden, 16.11.2017

Nadine Ruf  
Fraktionsvorsitzende  
(SPD-Fraktion)

Bernhard Lorenz  
Fraktionsvorsitzender  
(CDU-Fraktion)

Christiane Hinninger  
Fraktionsvorsitzende  
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Dennis Volk-Borowski  
Fraktionsgeschäftsführer

Gunnar Koerdt  
Fraktionsgeschäftsführer

Sebastian Neumann  
Fraktionsreferent